

EU-KOMMISSION

Akw-Förderung in EU ähnlich hoch wie für Ökoenergien

Europas Staaten gehen mit der Atomkraft sehr unterschiedlich um. Deutschland steigt aus, Frankreich etwa setzt weiter auf den Nuklearbereich. Insgesamt liegt die staatliche Förderung in ähnlicher Höhe wie für Ökoenergie.

Brüssel Die EU-Kommission schätzt die Höhe staatlicher Fördermittel für Europas Atombranche ähnlich hoch ein wie die Zuschüsse für Ökoenergien. Das geht aus einem internen Papier der Brüsseler Behörde hervor, das dem Informationsdienst dpa Insight EU vorliegt.

Im Jahr 2011 seien 35 Milliarden Euro in die Förderung von Atomkraft geflossen und 30 Milliarden Euro in Erneuerbare Energien wie Windräder oder Solaranlagen. Auf fossile Energieträger wie Kohle seien in der Europäischen Union 26 Milliarden Euro entfallen, auf Effizienzmaßnahmen - etwa Gebäudeisolierungen - 15 Milliarden Euro.

Die genaue Höhe staatlicher Hilfen für den Nuklearbereich ist in Europa bisher unklar, weil wenig Transparenz herrscht über die Kosten für den Transport von Brennstäben oder deren Lagerung. Die Grünen halten Nuklearstrom für nicht mehr wettbewerbsfähig, wenn man alle Kosten - etwa für die immens teure Endlagerung - einbezieht. Sie warnen generell davor, Akw-Kosten schönzurechnen.

Jüngst hatte ein anderes noch internes Kommissionspapier für Wirbel gesorgt: Neue Leitlinien für Energiebeihilfen könnten Subventionen für Atomkraftwerke erleichtern - so zumindest verstehen die Grünen das Regelwerk. Die EU-Kommission betont hingegen, dass mit den Regeln nicht zu Akw-Subventionen ermuntert werden solle. Beide Papiere sollen an unterschiedlichen Tagen im September vorgestellt werden.

Die Situation in Europas Nuklearbranche ist sehr unterschiedlich: Während der deutsche Atomausstieg bis zum Jahr 2022 längst beschlossene Sache ist, setzen Frankreich und Großbritannien auch langfristig auf strahlende Brennstäbe als Energiequelle.